

fraktion intern*

INFORMATIONSDIENST DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

www.spdfraktion.de

NR. 04 · 24.06.2013

*Inhalt

- 02 Europas Jugend braucht Perspektiven
- 03 Editorial
- 04 Betriebsräte stärken – Mitbestimmung modernisieren
- 04 Bürokratie für den Mittelstand abbauen
- 05 Eine Zweite Chance auf Berufsausbildung
- 05 Gute Ausbildung statt Nachwuchssorgen
- 06 Exorbitante Managergehälter begrenzen

Thema: Deutschland 2020 – Projekt 2020

- 07 Aufstieg durch Bildung klappt mit guten Ganztagschulen
- 08 Moderne Integrationspolitik braucht Chancengleichheit

Thema: Verbraucherschutz

- 09 Verbraucherschutz im Web 2.0
- 11 Ein Frühwarnsystem für Verbraucherprobleme
- 12 Steinbrück: Steuerkriminalität ist ein hoch giftiges System
- 13 Interview: „De Maizière hat die Öffentlichkeit getäuscht“
- 14 Mehr Bürgerbeteiligung wagen
- 15 Kein Ausverkauf von Königspythons und Co.
- 15 Verbandklagerecht im Tierschutz einführen
- 16 Veröffentlichungen/Impressum

Mehr Informationen gibt es hier:

www.spdfraktion.de
www.spdfraktion.de/facebook
www.spdfraktion.de/googleplus
www.spdfraktion.de/twitter
www.spdfraktion.de/youtube
www.spdfraktion.de/flickr

UNSER PROJEKT HEISST ZUKUNFT



SPD
BUNDESTAGS
FRAKTION
www.spdfraktion.de

Europas Jugend braucht Perspektiven

Das soziale Europa ist seit langem Ziel sozialdemokratischer Europapolitik. Die Auswirkungen der aktuellen Finanzkrise zeigen, wie wichtig es ist, Sozialpolitik in Europa gemeinsam zu koordinieren. Vertreterinnen und Vertreter von Gewerkschaften, Sozialverbänden, Botschaften und vor allem viele junge Leute kamen am 6. Juni in den SPD-Fraktionssaal, um darüber zu diskutieren.



v.l.n.r. Jutta Steinruck,
Rudolf Hundstorfer,
Laura Garavini, Andrea
Nahles, Michael Roth

Steinmeier will europäischen Rettungsschirm gegen Jugendarbeitslosigkeit

„Deutschland geht es nur gut, wenn es auch den anderen Ländern in Europa gut geht“, damit eröffnete SPD-Fraktionsvize Axel Schäfer die Diskussion. SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier sorgt sich um die Europäische Union, weil die Krise nationales Denken verstärkte. Länder wie Griechenland seien durch radikale Spardiktate tiefer in die Krise geraten, sagte Steinmeier. Die SPD-Fraktion habe ihre Zustimmung zum Fiskalpakt nur gegeben, weil sie einen Pakt für Wachstum und Beschäftigung durchsetzen konnte. Doch davon sei bislang nichts umgesetzt worden. In der hohen Jugendarbeitslosigkeit liege sozialer Sprengsatz. Weil die bislang von der EU bereitgestellten 6 Milliarden Euro nicht

ausreichen, fordert Steinmeier einen europäischen Rettungsschirm gegen Jugendarbeitslosigkeit, der durch die Finanztransaktionssteuer finanziert werden könnte.

Junge Menschen müssen in Südeuropa eine Zukunft haben

Laura Garavini (PD), Mitglied des italienischen Parlaments, erläuterte, dass Italien eine solide Haushaltspolitik anstrebe. Dafür seien aber größere Spielräume nötig. Junge Menschen müssten sich eine Zukunft in Südeuropa aufbauen können. Es sei nicht gut für diese Länder, wenn die Jungen den Süden verlassen. Im Augenblick sei es in Italien notwendig, in kleine Projekte zu investieren, damit vor Ort Arbeitsplätze entstünden. Das Ziel einer gemeinsamen Sozialpolitik in Europa sollte langfristig verfolgt werden. Dabei solle sich die EU an den besten Lösungen in den Mitgliedsländern orientieren. Doch dafür brauche die Europapolitik mehr Sozialdemokratie. Vieles an der augenblicklichen Situation hätten konservativ-wirtschaftsliberale Regierungen in Europa zu verantworten.

Jugendgarantie für Europas Jugendliche umsetzen

Rudolf Hundstorfer (SPÖ), Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz der Republik Österreich, stellte klar, dass in der Sozialpolitik vieles durch nationales Recht geregelt werde. Deshalb lasse sich z. B. das Rentenrecht nur langfristig in europäisches Recht überführen. Kurzfristig seien Initiativen für Wachstum und Beschäftigung im Rechtsrahmen der Länder umzusetzen. Wichtig sei der Ansatz des aktivierenden Sozialstaats in Europa. Dazu gehöre die Jugendgarantie, ein Modell aus Österreich, mit dem neue Perspektiven für Jugendliche in der EU geschaffen werden sollen. Dort beinhaltet das Programm u. a., dass Jugendliche im Alter zwischen 15 und 19 Jahren eine Ausbildungsplatzgarantie erhalten. Nun müsse die Jugendgarantie auf die Ausbildungssysteme der Länder angepasst und umgesetzt werden.

Mehr Politik für die Menschen in Europa

Andrea Nahles, SPD-Generalsekretärin und Bundestagsabgeordnete, sagte, dass Europa gesamtwirtschaftlich vorankommen müsse, sonst seien die jungen Leute, die die Jugendgarantie auffange, danach wieder ohne Perspektive. Sie verwies darauf, dass in Deutschland und Europa die Kluft zwischen arm und reich immer weiter auseinanderklaffe. Europa müsse sich der Frage stellen, wie mit der Verteilungsungerechtigkeit umzugehen sei. Sie forderte, Europapolitik mehr auf die Bedürfnisse der Menschen auszurichten anstatt nur auf Sachzwänge. Das sei nicht gut für die Demokratie in Europa.

Die Europaabgeordnete Jutta Steinruck verwies darauf, dass es wichtig sei, in Europa miteinander zu reden, voneinander zu lernen und die Probleme gemeinsam anzupacken. Moderiert wurde die Veranstaltung vom europapolitischen Sprecher der SPD-Fraktion, Michael Roth.

Mein Standpunkt

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

in weniger als drei Monaten ist Bundestagswahl. Und es gibt noch viel zu tun für uns. Wir wollen Schwarz-Gelb endlich ablösen und für mehr soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Vernunft in unserem Land sorgen. Deutschland kann sich weitere vier Jahre schwarz-gelben Stillstand nicht leisten.

Die SPD im Bundestag hat in den letzten vier Jahren gezeigt, dass sie Ideen für die Zukunft hat. Wir werden Politik für morgen machen. Dafür stehen die SPD und ihr Kanzlerkandidat. Nur mit der SPD wird es den flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn geben. Nur mit uns die Mietpreisbremse, die erfolgreich organisierte Energiewende, die Frauenquote, gute Bildung und gleichen Lohn für Frauen und Männer. Diese Themen bewegen die Menschen.

Frau Merkel tut nichts dafür, dass dieses Land noch in zehn Jahren gut da steht. 45 Gipfel hat diese Regierung im Kanzleramt veranstaltet, herausgekommen ist nichts. Ob bei der Energiewende, beim Ausbau der Verkehrsinfrastruktur oder beim Breitbandausbau, die Bundesregierung hat nichts vorangebracht. Frau Merkel hat weder die angekündigte Pflege- noch die Rentenreform umgesetzt. Stattdessen kündigt sie plötzlich Wahlgeschenke von über 40 Milliarden Euro an. Kein Cent davon ist gegenfinanziert. Das ist doch das Ende ernsthafter Politik! Das ist versuchter Wahlbetrug!

Die Union ist inhaltlich und auch personell ausgezehrt. Deshalb wird auch der unglückliche Verteidigungsminister de Maizière von Frau Merkel im Amt gehalten. Er beschert den Steuerzahlern Millionenverluste und will von allem nichts gewusst haben. Schlimmer noch: Er schiebt die Verantwortung auf seine Mitarbeiter und zieht keine Konsequenzen. Das ist schäbig. Aber gehen will oder darf er nicht. Deshalb muss jetzt ein Untersuchungsausschuss klären, ob Herr de Maizière vor dem Bundestag die Wahrheit gesagt hat. Es steht außer Zweifel, dass wir vor einem ereignisreichen Sommer stehen. Dafür wünsche ich uns allen Ausdauer, Optimismus und vor allem ein gutes Ende.



A handwritten signature in black ink that reads "Frank-Walter Steinmeier". The signature is written in a cursive, flowing style.

Dr. Frank-Walter Steinmeier MdB
Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Betriebsräte stärken – Mitbestimmung modernisieren

Ziel des Betriebsverfassungsgesetzes sind der Schutz der Beschäftigten und die Kontrolle eines möglichen Machtmissbrauchs durch die Arbeitgeberseite. Verhandlungen auf Augenhöhe zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite sind verknüpft mit der Idee einer Wirtschaftsordnung, die demokratisch und mitbestimmt funktionieren soll.

Neu organisierte Beschäftigungsmodelle entziehen sich weitestgehend der betrieblichen Mitbestimmung. Die Modernisierung der Mitbestimmung hinkt hinter der schnellen Entwicklung in der Arbeitswelt her.

Leiharbeit wird missbraucht, um ganze Stammbeslegschaften zu ersetzen. Werkverträge mit dem Ziel, arbeitsrechtliche Bestimmungen zu umgehen, nehmen zu. Auch die Anzahl befristeter Arbeitsverträge, die die Grundlage des Mitbestimmens untergraben, steigt. Längere Lebensarbeitszeiten, eine zunehmend als belastend empfundene Arbeitswelt und eine ältere Belegschaft sorgen dafür, dass Arbeitsplätze oft indivi-

duell und sorgsamer gestaltet werden sollten. Die Anforderungen des lebenslangen Lernens und der Weiterbildung werden gestellt, ohne dass Betriebsratsgremien genügend Mitsprache haben.

Diese neuen Herausforderungen machen eine Anpassung der betrieblichen Mitbestimmung notwendig. Die SPD-Fraktion hat in einem Antrag (Drs. 17/13476) konkrete Lösungen für einen Gesetzentwurf benannt. Mitbestimmung darf nicht umgangen werden, indem gute Arbeitsplätze durch prekäre ersetzt werden. Die Rechte des Betriebsrats im Hinblick auf Leiharbeit und auf die Beschäftigten anderer Unternehmen sind daher zu stärken. Zudem soll der Verlust der Arbeitsfähigkeit besser geschützt werden. Im Interesse aller sollte die physische und psychische Gesundheit von Beschäftigten vor übermäßiger Belastung bewahrt werden. Deswegen: Mehr Mitbestimmung in Angelegenheiten von Fremdpersonal und Leiharbeit, der Gesundheit und Weiterbildung sowie der Teilzeitbeschäftigung. Zudem sollte das vereinfachte Wahlverfahren verbindlich für Betriebe mit bis zu 100 Arbeitnehmern gelten.

Bürokratie für den Mittelstand abbauen

Bürokratie ist als Organisationsform eines modernen Staatswesens unerlässlich. Sie schützt vor willkürlichen Entscheidungen und sichert Chancengleichheit. Es geht darum, überflüssige Bürokratie abzubauen und Gesetze besser, einfacher und kostengünstiger in ihrer Umsetzung zu machen.

Bis 2009 war das Regierungsprogramm „Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung“ erfolgreich: Der Bürokratieaufwand hat sich um 20 Prozent verringert, und die Wirtschaft wurde um 10,5 Milliarden Euro entlastet. Seitdem stagniert dieser Trend. So stellt der Normenkontrollrat in seinem Jahresbericht 2012 fest: Beim Bürokratieabbau herrscht Stillstand. Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat ihr Ziel, die Bürokratiebelastungen der Wirtschaft bis Ende 2011 um 25 Prozent zu senken, nicht erreicht: Einbezug der Bundesländer in eine gemeinsame Strategie zum Bürokratieabbau – Fehlanzeige. Und es gibt Zeitverzögerungen bei den Regierungsvorhaben „Vereinfachung der elektronischen Rechnungsstellung“ und „E-Government-Gesetz“.

Deshalb braucht der Bürokratieabbau neue Impulse. Durch konkrete Maßnahmen könnte die Wirtschaft Milliarden an Bürokratiekosten einsparen – ein effektives und günstiges Konjunkturprogramm. Vor allem kleine und mittlere Unternehmen (KMU) müssen vom Bürokratieabbau profitieren, denn sie verfügen nicht über entsprechende administrative Ressourcen.

In ihrem Antrag „Bürokratieabbau optimieren – Mittelstandsorientierung stärken“ (Drs. 17/13548) fordert die SPD-Fraktion die Bundesregierung auf, zunächst das Programm Bürokratieabbau für KMU auszubauen. Außerdem soll der Normenkontrollrat gestärkt und auf EU-Ebene ein entsprechendes Organ geschaffen werden. Zudem müssen Informations- und Statistikpflichten gelockert werden. Über den Bürokratieabbau der Bundesressorts soll alle drei Monate berichtet werden. Bei neuen Gesetzen ist der dadurch entstandene Bürokratieaufwand nach einigen Jahren zu überprüfen.

Eine zweite Chance auf Berufsausbildung

In Deutschland leben rund 1,5 Million junge Erwachsene zwischen 25–35 Jahren ohne Berufsabschluss. Sie haben deutlich schlechtere Chancen auf echte Teilhabe und Integration in den Arbeitsmarkt als junge Menschen mit einem Abschluss. Hier besteht dringender Handlungsbedarf – nicht nur weil der Ruf nach gut ausgebildeten Fachkräften immer lauter wird. Es geht vor allem darum, Arbeitsleben in prekären, unsicheren Beschäftigungsverhältnissen und daraus resultierende Altersarmut zu verhindern.

Dabei haben wir es mit unterschiedlichsten Lebenssituationen und Menschen zu tun: Da gibt es z. B. den 33-jährigen Familienvater mit Realschulabschluss, der eine Helfertätigkeit auf dem Bau ausübt und seine Familie ernährt. Es handelt sich nicht nur um Arbeitslose. Tatsächlich bräuchte ein Großteil dieser Gruppe die schulischen Voraussetzungen für einen Berufsabschluss mit.

Für die SPD-Fraktion gilt: Kein junger Erwachsener darf verloren gehen. Deshalb setzen wir uns für eine

zweite Chance auf Berufsausbildung ein. Die Bundesregierung hat in der ganzen Legislaturperiode nichts weiter als eine Werbekampagne zu Stande gebracht. Die SPD-Fraktion legt in einem Antrag ein Sofortprogramm vor, das auch Teil eines 100-Tage-Programms einer neuen SPD-Regierung sein könnte.

Kernpunkte unseres Antrages „Sofortprogramm ‚2. Chance auf Berufsausbildung‘ für junge Erwachsene ohne Berufsabschluss – Fachkräfte von morgen ausbilden“ sind:

- Eine Berufsausbildungsgarantie
- Der Vorrang von „Vermittlung in Ausbildung“ vor „Vermittlung in Arbeit“
- Der leichtere Zugang zu arbeitsmarktpolitischen Instrumenten wie z. B. berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen bis 35 Jahre
- Finanzielle Anreize, um auch jene zu motivieren, die schon (unausgebildet) arbeiten und sich für die Zeit einer Ausbildung finanziell schlechter stellen
- Mehr Teilzeitausbildungsangebote

Gute Ausbildung statt Nachwuchssorgen

Die Situation im Hotel- und Gaststättengewerbe ist gravierend: Rund die Hälfte aller angehenden Restaurantfachfrauen, Köche oder Fachkräfte im Gastgewerbe brechen ihre Ausbildung ab. Die Branche hat ohnehin Probleme, Nachwuchs zu gewinnen. Jedes Jahr werden weniger Ausbildungsverträge unterschrieben. Seit 2007 ist die Anzahl um mehr als ein Drittel eingebrochen.

Sowohl für die jungen Menschen, die sich nach einer Vertragslösung neu orientieren müssen, als auch für das Hotel- und Gaststättengewerbe ist dies keine gute Entwicklung. Das zeigt, die Qualität der Ausbildung in den Gastronomieberufen muss dringend verbessert werden.

Dazu hat die SPD-Fraktion einen Maßnahmenkatalog vorgelegt: „Ausbildungssituation im Hotel- und Gaststättengewerbe verbessern“, (Drs. 17/13549). Sie fordert u. a. ein neues Gesetz, um die Regelungen des Jugendarbeitsschutzgesetzes (Arbeits- und Urlaubszeiten, Freizeitsanspruch etc.) wirksamer durchzusetzen, Missstände aufzudecken und Fehlverhalten zu bestrafen.

Der Bund soll gemeinsam mit den Ländern, den Industrie- und Handelskammern, dem Deutschen

Hotel- und Gaststättenverband sowie mit den Gewerkschaften Regelungen ausarbeiten, um Auszubildende vor Prüfungen rechtzeitig freizustellen, die Ausbildungsbedingungen und -beratung zu verbessern, Ausbildungsinhalte zu modernisieren und für gute Arbeitsbedingungen in der Branche zu sorgen. Dazu gehört auch, Minijobs einzudämmen.

Für die SPD-Fraktion steht fest: Junge Menschen müssen für eine Ausbildung im Hotel- und Gaststättengewerbe begeistert werden. Sie müssen qualifiziert werden und im späteren Berufsleben eine gute Perspektive haben. Nur wenn die Attraktivität der Ausbildung in der Branche steigt, kann einem Fachkräftemangel wirksam begegnet werden.

Unbeliebt: Ausbildung im Gastgewerbe

Anteil an unbesetzten Ausbildungsplätzen am Gesamtangebot der Stellen in diesem Bereich 2011

In Prozent



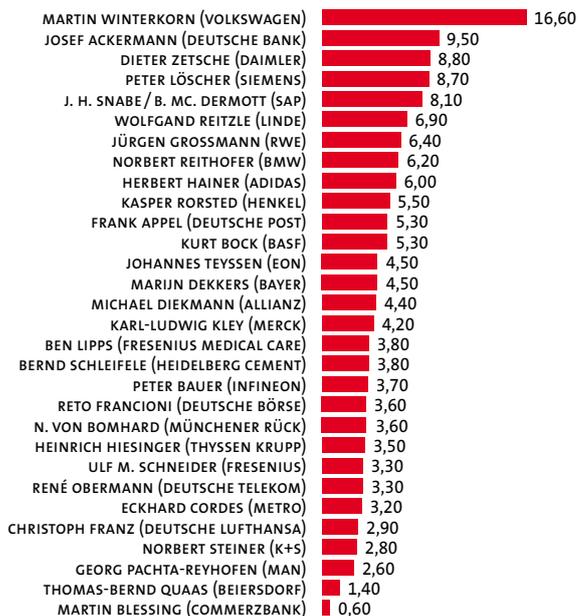
Exorbitante Managergehälter begrenzen

Managergehälter steigen ungebremst und stehen in keinem akzeptablen Verhältnis zu einem durchschnittlichen Arbeitnehmerinkommen. Die SPD-Fraktion will gesetzlich regeln, dass der Vorstand auf das Wohl des Unternehmens, der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und der Allgemeinheit verpflichtet wird und dass die Managergehälter in einem vom Aufsichtsrat festgelegten Verhältnis zum Einkommen der Unternehmensbeschäftigten stehen.

Das Einkommen von Vorstandsmitgliedern und Managern ist in Deutschland zum Teil so hoch, dass ein sinnvoller Zusammenhang zwischen Leistung und Einkommen nicht mehr erkennbar ist. Vor 25 Jahren erhielt der Vorstand eines Dax-Unternehmens etwa das 14-Fache eines durchschnittlich verdienenden Arbeitnehmers. Heute ist es mehr als das 70-Fache; in Einzelfällen bekommen Vorstandsvorsitzende mehr als das 300- bis 400-Fache. In extremen Fällen haben Manager nach erheblicher Kritik der Bevölkerung, der Politik und sogar aus Wirtschaftskreisen auf vereinbarte Gehälter und Abfindungen verzichtet, weil derartige Summen weder vertret- noch erklärbar waren. Unumstritten ist: Die Vorstandsvergütung großer Unternehmen hat sich in den vergangenen drei Jahrzehnten von der allgemeinen Lohnentwicklung vollständig abgekoppelt. SPD-Fraktionsvize Christine Lambrecht sagt: „Die Gier muss ein Ende haben und darf nicht durch Regelungen, wie Schwarz-Gelb sie umsetzen will, befördert werden“. Der Aufsichtsrat müsse verpflichtet werden, die variablen Gehaltsbestandteile auch an sozialen, ökologischen und ökonomisch nachhaltigen Kriterien zu orientieren.

Gesamtvergütung der Vorstandsvorsitzenden der Dax-Unternehmen in 2011

Vergütung in Millionen Euro



Quelle: Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz

Mitbestimmung für Arbeitnehmervertreter statt Aktionäre

Die schwarz-gelbe Koalition will nichts davon wissen. Im Zusammenhang mit der Aktienrechtsnovelle möchte sie jetzt nur regeln, dass anstelle des Aufsichtsrats die Hauptversammlung über die Managervergütung entscheiden soll. Eine Sachverständigenanhörung des Rechtsausschusses zu diesem Thema hat gezeigt, dass dies nichts an den jetzigen Verhältnissen ändern wird. Nahezu einstimmig haben die Sachverständigen aller Fraktionen bestätigt, dass die Hauptversammlung das falsche Organ für diese Entscheidung ist. Auch die Regierungskommission Corporate Governance Kodex lehnt diesen Vorschlag ab. Denn Hedgefonds und Finanzinvestoren, die häufig die Hauptaktionäre von Aktiengesellschaften sind, interessieren sich nicht für die Gehälter von Managern.

Die Entscheidung muss deshalb im Aufsichtsrat gefällt werden, in dem auch Arbeitnehmervertreter mitbestimmen. SPD-Finanzexperte Joachim Poß bekräftigt: „Dass die Regierungskommission, ein Gremium aus Gewerkschaftern, Wissenschaftlern und Unternehmern, an dieser Stelle auch keine Änderungen vornehmen will, zeigt, dass die schwarz-gelbe Koalition mit ihrem Vorschlag, die Entscheidung über Vorstandsgehälter in die Hauptversammlung zu verlagern, auf dem Irrweg ist“. Die Regierungsvorschläge würden faktisch „weder zu mehr Transparenz noch zu einer stärkeren Begrenzung von exorbitanten Managergehältern führen“, so Poß.

Die Bundesregierung wird daher mit dem SPD-Antrag „Exorbitante Managergehälter begrenzen“ aufgefordert, einen entsprechenden Gesetzentwurf vorzulegen. Darin soll sichergestellt werden, dass Managergehälter in Zukunft angemessen und transparent sind. „Wir wollen die Höhe der Gehälter nicht vorschreiben“, sagt der Parlamentarische Geschäftsführer Thomas Oppermann. Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter sollen im Aufsichtsrat eine Höchstgrenze für das Verhältnis zwischen der Vorstandsvergütung und dem durchschnittlichen Arbeitnehmerinkommen beschließen. Börsennotierte Unternehmen müssen die beschlossenen Maßstäbe veröffentlichen. Des Weiteren soll das Maximalverhältnis zwischen Grundgehalt und Boni festgelegt werden. Vorstands- und Managergehälter, Boni und Abfindungen können nur bis 500.000 Euro steuerlich abgesetzt werden. Beträge, die darüber hinaus gehen, sollen nur zu 50 Prozent absetzbar sein.

Aufstieg durch Bildung klappt mit guten Ganztagschulen

Deutscher Schulpreis 2013: Ausgezeichnet wird die Anne-Frank-Schule im schleswig-holsteinischen Bargeheide. Das kommt nicht von ungefähr! Denn die Anne-Frank-Schule ist eine Ganztagschule. An sogenannten „Langtagen“ gibt es vor- und nachmittags verbindliche Unterrichtsangebote, an allen übrigen Tagen können die Schülerinnen und Schüler freiwillige Angebote wahrnehmen.

Ganztagschulen sind ein entscheidender Schlüssel für Chancengleichheit. Denn hier können alle Kinder und Jugendlichen individuell gefördert werden. In Ganztagschulen ist genügend Zeit, um die Mathematikbegabung von Aicha zu entdecken und zu fördern. Und genügend Raum, um Lukas' Lese-Schreib-Schwäche zu beheben. Ganztagschulen sind Motoren der Integration. Sie sind gemeinsam mit Kitas das beste Mittel, elternhausbedingte Nachteile auszugleichen und die soziale Selektivität unseres Bildungssystems zu überwinden.

„Nicht der Geldbeutel, das Stadtviertel oder die Herkunft dürfen darüber entscheiden, welchen Schulabschluss ein Kind macht, sondern es muss wieder das gelten, womit unsere Generation groß geworden ist: Aufstieg durch Bildung“, erklärt Frank-Walter Steinmeier, SPD-Fraktionschef unsere sozialdemokratische Überzeugung. Deshalb will die SPD-Fraktion, dass es überall in Deutschland gute Ganztagschulen gibt. „Projekt Zukunft – Deutschland 2020 – Bildungschancen mit guten Ganztagschulen für alle verbessern“ heißt der Antrag, den die SPD-Fraktion unter Federführung des Bildungspolitikers Ernst-Dieter Rossman in den Deutschen Bundestag eingebracht hat (Drs. 17/13482).

8 Milliarden Euro für mehr Ganztagschulen

Jede Schülerin und jeder Schüler soll – in Berlin genauso wie im Bayerischen Wald – eine Ganztagschule besuchen können, wenn sie oder er den Wunsch haben. Deshalb wollen wir ein zweites Ganztagschulprogramm auflegen. Bis 2020 soll ein flächendeckendes Angebot guter Ganztagschulen geschaffen werden. 8 Milliarden Euro Bundesmittel will die SPD-Fraktion hierfür in den ersten vier Jahren bereit stellen – 4 Milliarden sollen in den Ausbau fließen, 4 Milliarden wollen wir in bessere Qualität investieren. Dieses Programm schließt an das erste Ganztagschulprogramm an, das vor zehn Jahren von der rot-grünen Bundesregierung unter Bundeskanzler Schröder aufgelegt wurde. Und das mit großem Erfolg: Heute gibt es dreimal so viele Schülerinnen und Schüler, die in Ganztagschulen lernen, rund 27 Prozent.

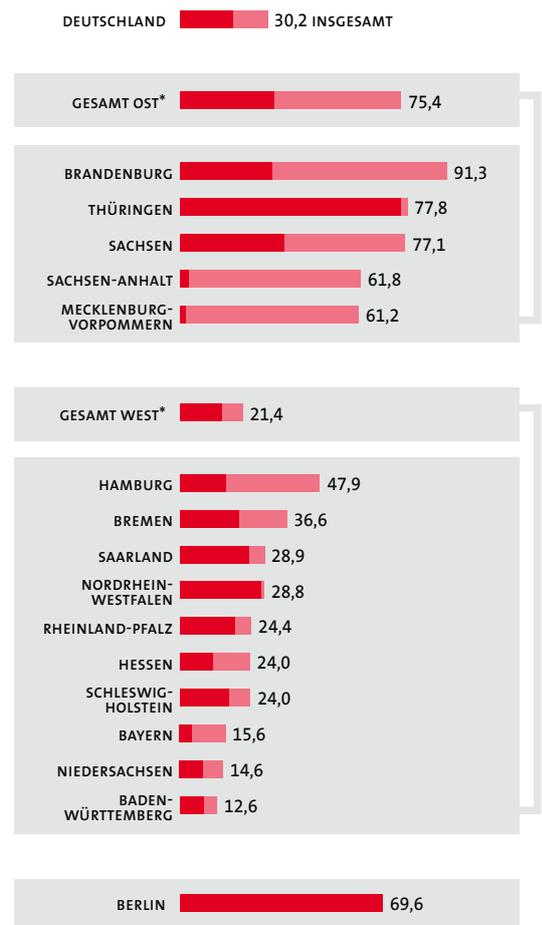
Kooperationsverbot abschaffen

Aber das reicht noch nicht aus! Die Nachfrage nach Ganztagschulen wächst weiter, viele Kinder müssen abgewiesen werden. Denn der Ausbau lahmt. Den Ländern fehlt es an Geld. Nur mit einer kräftigen Geldspritze des Bundes bekommen wir den Schub für den weiteren Ausbau der Ganztagschulen. Auch deshalb will die SPD-Fraktion den Spitzensteuersatz erhöhen. Und das unselige Kooperationsverbot abschaffen, das es dem Bund unmöglich macht, Geld für Bildung an Länder und Kommunen zu geben. Wir wollen diesen in „Verfassungsrecht gegossenen Irrtum“ abschaffen, machte Steinmeier im Bundestag deutlich. „Stattdessen wollen wir einen neuen Grundgesetzartikel 104c in die deutsche Verfassung schreiben, der die Zusammenarbeit von Bund und Ländern auf dem so wichtigen Gebiet der Bildung wieder möglich macht!“, erläutert Fraktionsvizein Dagmar Ziegler. „Damit der Bund sich dauerhaft an der Finanzierung von Kitas und Ganztagschulen vor Ort beteiligen kann. Damit Aufstieg durch Bildung kein leeres Versprechen bleibt, sondern gelebte Wirklichkeit wird!“

Ganztags betreut

Schulkinder in Deutschland unter 11 Jahren, die einen Hort oder eine Ganztagsgrundschule besuchen

In Prozent



■ GANZTAGSSCHULE ■ HORT

* ohne Berlin
Quelle: Bertelsmann Stiftung, Stand: Schuljahr 2009/2010

Moderne Integrationspolitik braucht Chancengleichheit

Deutschland ist ein Einwanderungsland und profitiert von einer bunten Gesellschaft voller Potenziale und Talente. Vielfalt ist eine Zukunftsressource, die leider noch nicht ausreichend wertgeschätzt wird. Das zeigen immer wieder populistische und stigmatisierende Debatten.



Integrationspolitik braucht weniger Emotionen und Vorurteile, stattdessen einen sachlicheren Blick auf konkrete Problemlagen und Ursachen. Die ewige Spaltung zwischen ‚uns‘ und ‚denen‘ muss ein Ende haben. Zudem müssen wir Begrifflichkeiten und Kategorien wie ‚Bildungsinländer‘, ‚Migranten‘ und ‚Integration‘ auf Dauer überwinden und durch den selbstverständlichen Anspruch aller auf Teilhabe ersetzen.

Der Antrag der SPD-Fraktion „Eine moderne Integrationspolitik für mehr Chancengleichheit“ wurde am 16. Mai 2013 im Bundestag debattiert. Er wurde im Rahmen des „Projekt Zukunft – Deutschland 2020“ erarbeitet, in dem während der letzten zwei Jahre viele Bürgerinnen und Bürger sowie Multiplikatoren aus Verbänden bei Veranstaltungen im gesamten Bundesgebiet ihre Ideen und Vorstellungen eingebracht haben. Die SPD-Fraktion versteht Integration als Teilhabe an unserer Gesellschaft, an Bildung und an Arbeit sowie Chancengleichheit für Jede und Jeden. Das Ziel muss eine zusammenwachsende Gesellschaft unabhängig von Herkunft, Name, Geschlecht und Religion sein.

Vom Staatsangehörigkeitsrecht über Bildung bis hin zur Stadtentwicklung haben wir uns als SPD-Fraktion klar positioniert und einen präzisen Entwurf vorgelegt, wie eine zukunftsgerichtete Politik für mehr Teilhabe und Chancengleichheit auszusehen hat. Besonders deutlich wird hierbei, wie sehr sich

unsere Ideen von der rückwärtsgewandten Politik der Bundesregierung unterscheiden. Schwarz-Gelb verfolgt keine klare Linie, betreibt Augenwischerei und sitzt auf wirkungslosen Gipfeln anstatt für die Menschen unserer Gesellschaft vor Ort zu handeln.

- Statt mehr in Bildung, vor allem im frühkindlichen Bereich, zu investieren, schmeißt Schwarz-Gelb Milliarden für das kontraproduktive Betreuungsgeld zum Fenster hinaus. Die SPD-Fraktion will hingegen ein Bundesprogramm zur „Förderung von Maßnahmen zur Steigerung der Qualität in der frühkindlichen Bildung und zum bedarfsgerechten Ausbau von Kindertageseinrichtungen zu Familien-Zentren“ in Höhe von 325 Millionen Euro auflegen. Frühkindliche Betreuung und Bildung sollen schrittweise von Elternbeiträgen befreit werden, um so finanzielle Hemmschwellen für die Nutzung von Kinderbetreuungsangeboten abzubauen.
- Statt den vielen jugendlichen Deutschen mit Zuwanderungsgeschichte ein Gefühl der Zugehörigkeit zu vermitteln, hält Schwarz-Gelb an der unsinnigen Optionspflicht fest und droht hier geborenen, hier aufgewachsenen und hier ausgebildeten jungen Frauen und Männern damit, sie wieder zu Ausländern zu machen, wenn sie sich nicht von der Herkunft ihrer Familien abwenden. Wir fordern die sofortige Abschaffung der Optionspflicht sowie die doppelte Staatsbürgerschaft bei Einbürgerungen.
- Statt dem Auseinanderdriften von Stadtteilen entgegenzuwirken, streicht Schwarz-Gelb fleißig die Fördermittel der sozial-integrativen Stadtentwicklung im Programm „Soziale Stadt“ und würgt damit viele wichtige Projekte ab. Wir wollen das Programm als zielgenaues Förderinstrument der Integration wiederbeleben und als ein ressortübergreifendes Leitprogramm auch finanziell stärken.

Auch in der Antidiskriminierungspolitik, beim Übergang von der Schule in Ausbildung und Beruf oder in der Gesundheitspolitik agiert die Bundesregierung zu zögerlich. Die SPD-Bundestagsfraktion liefert mit ihrem Antrag auch in diesen Bereichen Handlungsempfehlungen, um Chancengleichheit und Integration für alle zu erreichen.

Der Antrag „Eine moderne Integrationspolitik für mehr Chancengleichheit“ (Drs. 17/13483) kann hier nachgelesen werden: www.spdfraktion.de

Verbraucherschutz im Web 2.0

Die Digitalisierung unserer Welt bietet viele Chancen. Gesellschaftliche und kulturelle Teilhabe, Bildungschancen und wirtschaftliches Innovationspotenzial. Für Verbraucherinnen und Verbraucher birgt sie aber auch Risiken, z. B. für deren Persönlichkeitsrechte.

Mit dem Positionspapier und gleichnamigen Antrag „Die digitale Welt verbraucherfreundlich gestalten“ zieht die SPD-Fraktion Leitplanken für eine verbraucherfreundliche digitale Welt ein. Sie sollen u. a. für die Bereiche Verbraucherinformation, allgemeine Netzpolitik, Datenschutz und Finanzdienstleistungen im Internet gelten. SPD-Fraktionsvize Ulrich Kelber betont: „Ziel ist, den gesellschaftlichen Nutzen einerseits und die Grundrechte und Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher andererseits zu vereinbaren. Diese Vereinbarkeit ergibt sich nicht von alleine – sie muss politisch gestaltet werden“. Für eine faire und verbrauchergerechte digitale Welt müsse moderne Verbraucherpolitik die Entwicklungen beobachten, Trends frühzeitig erkennen und diese in die richtigen Bahnen lenken. Die SPD steht für eine solche Politik.

Verbraucherinnen und Verbraucher verstehen

Moderne Verbraucherpolitik muss sich in der digitalen und analogen Welt an den tatsächlichen Bedürfnissen der Verbraucherinnen und Verbraucher orientieren. In der digitalen Welt bedeutet dies, dass vor allem zwei Aspekte zu beachten sind: Kundinnen und Kunden, die z. B. im Internet einkaufen, fehlt das Verkaufspersonal im Geschäft, dessen Gestik und Mimik sie lesen können. Zudem sind ihre Kenntnisse und Erfahrungen im Umgang mit neuen Medien ganz unterschiedlich. Das Schutzniveau muss so angesiedelt sein, dass alle Verbraucherinnen und Verbraucher sicher an den technischen Neuerungen teilhaben können.

Qualität von Verbraucherinformationen verbessern

Informationspflichten sind aus verbraucherpolitischer Perspektive nur dann sinnvoll, wenn sie einen Mehrwert für Verbraucherinnen und Verbraucher haben. Der Nutzen für die Verbraucherinnen und Verbraucher wird derzeit aber nicht ausreichend evaluiert. Ulrich Kelber fordert daher: „Verbraucherinnen und Verbraucher sollen die richtigen Informationen zum richtigen Zeitpunkt in einer für sie verständlichen Weise erhalten“. Sie müssen verfügbar sein, wenn sie wirklich benötigt werden, den verschiedenen digitalen Endgeräten entsprechend gestaltet und sie müssen verständlich sein. Das gilt für die Allgemeinen Geschäftsbedingungen und die erforderlichen rechtsverbindlichen Einwilligungserklärungen. 100 Seiten Nutzungsbedingungen in winziger Schriftgröße sind z. B. für ein Smartphone ungeeignet.

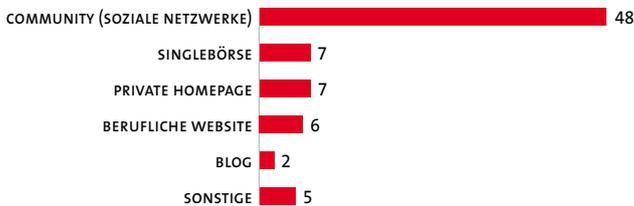
Datenschutz ist Verbraucherschutz

Die Anforderungen an einen wirksamen Datenschutz haben sich durch die zunehmende Nutzung digitaler Techniken verändert. Datenschutz lässt sich nicht mehr allein dadurch gewährleisten, dass auf problematische Sachverhalte im Einzelfall gesetzgeberisch reagiert wird. Aus der rasanten Entwicklung neuer Techniken, der Globalisierung von Datenverarbeitung und der Vernetzung sämtlicher Lebensbereiche sowie der Verknüpfung von Alltagsgegenständen mit dem Internet ergeben sich auch strukturelle Risiken für die Grundrechte der Betroffenen. Profilbildung – das Erfassen von Verhalten und Persönlichkeitsmerkmalen zur Berechnung von Vorlieben oder Wahrscheinlichkeiten – ist in vielen Bereichen der digitalisierten Gesellschaft bereits Realität. Neue Trends, wie die unter dem Stichwort „Big Data“ bekannten Technologien zur Verknüpfung und Auswertung solcher unstrukturierter Datenmengen aus verschiedensten Quellen, stellen den Datenschutz vor neue Herausforderungen. Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung ist ein grundlegendes Freiheitsrecht. Jede und jeder muss selbst entscheiden können, wie mit ihren/seinen Daten umgegangen wird. Die SPD-Fraktion will den gesellschaftlichen Nutzen der technologischen Entwicklungen mit dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung vereinen. Vor diesem Hintergrund müssen klare gesetzliche Regelungen bereits beim Erheben von personenbezogenen Daten ansetzen und nicht erst bei deren Nutzung. Die SPD-Fraktion setzt sich zudem für eine starke europäische Datenschutz-Grundverordnung (GVO) ein. Sie fordert unter anderem die Verankerung der Grundsätze „privacy by design“ und „privacy by default“, das Festhalten am Einwilligungsvorbehalt, strenge Regelungen zur Zulässigkeit von Profilbildung, insbesondere bei Minderjährigen und ein Recht auf Datenportabilität.

Persönliche Daten im Netz

So viel Prozent der Internetnutzer* in Deutschland haben auf folgenden Plattformen Online-Profile von sich mit persönlichen Angaben, Gedanken, Fotos etc. angelegt

In Prozent



* ab 14 Jahren
Quelle: Bitkom, Stand 2011, Mehrfachnennungen

Standardisierte Verfahren für online und mobile payment

Finanztransaktionen finden immer häufiger über digitale Infrastrukturen statt. Nicht nur beim Onlinebanking und bei Online-Bezahldiensten, sondern auch beim alltäglichen Einkaufen im Geschäft. Bei der Nutzung von Onlinebanking und Online-Bezahlsystemen müssen Verbraucherinnen und Verbraucher darauf vertrauen können, dass sie und ihr Vermögen vor unberechtigtem Zugriff geschützt sind. Zahlungsdienste müssen so gestaltet sein, dass sie keine Angst vor Betrug im Zahlungsverkehr oder Missbrauch ihrer Zahlungsdaten haben müssen. Der Erfolg hängt entscheidend vom Vertrauen der Verbraucherinnen und Verbraucher in die neuen Techniken und Möglichkeiten ab. Derzeit geht der Trend im Internet dahin, dass sowohl Händler als auch Verbraucherinnen und Verbraucher beim selben Zahlungsdienstleister angemeldet sein müssen. Dies führt nicht nur dazu, dass Verbraucherinnen und Verbraucher gezwungen werden, ihre Kontodaten bei zahlreichen Diensten zu hinterlegen und Händler über etliche dieser Dienste Zahlungen abwickeln müssen. Es schränkt zudem auch den Wettbewerb unter den Zahlungsdienstleistern ein. Ulrich Kelber ist überzeugt: „Verbraucherinnen und Verbraucher sollten

ihren Zahlungsdienstleister frei wählen können. Wenn sie sich bei einer Vielzahl von Zahlungsdienstleistern registrieren müssen, kommt ihnen der notwendige Überblick über erfolgte Transaktionen und gegebenenfalls auch über missbräuchliche Abbuchungen abhandeln“. Die SPD-Fraktion will deshalb, dass Zahlungsdienstleister standardisierte technische Verfahren nutzen, so dass Verbraucherinnen und Verbraucher einen anderen Zahlungsdienstleister als den des Händlers nutzen können. Denn nur durch eine freie Wahl des Zahlungsdienstleisters kann dauerhaft ein funktionierender Preis- und Leistungswettbewerb ermöglicht werden.

Für ein freies und offenes Netz für alle

Ob die digitale Gesellschaft eine offene, demokratische, kreative, verbraucherfreundliche sowie eine innovative und wirtschaftlich erfolgreiche sein kann, entscheidet sich nicht zuletzt daran, ob es gelingt, das Internet offen und diskriminierungsfrei zu halten. Grundlage hierfür ist, dass alle Bürgerinnen und Bürger Zugang zu schnellen Internetverbindungen haben sowie eine gesetzlich verankerte Netzneutralität. Für die SPD-Fraktion ist ein Recht auf schnelles Internet für alle, das über eine Universaldienstverpflichtung gesetzlich abzusichern ist, Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe. Ebenso sind der gleichberechtigte Transport von Daten und der diskriminierungsfreie Zugang zum Netz und dessen Inhalten für optimale Teilhabe und niedrige Marktzugangsschwellen entscheidend. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert daher, Netzneutralität umgehend gesetzlich festzuschreiben.

Privacy by default: Internetangebote werden datensparsam konzipiert und eingerichtet.

Privacy by design: Daten werden nur nach ausdrücklicher Zustimmung der Verbraucherinnen und Verbraucher gesammelt.

Datenportabilität: Verbraucherinnen und Verbraucher können die von ihnen erhobenen Daten z. B. beim Wechsel eines Internetdienstleisters uneingeschränkt mitnehmen.

Ein Frühwarnsystem für Verbraucherprobleme

Die soziale Marktwirtschaft ist aus dem Lot geraten. Skandale zu Lasten der Verbraucherinnen und Verbraucher reißen nicht ab. Die Märkte werden vielfältiger und intransparenter. Der Konsumalltag der Menschen wird komplexer. Die Informationsflut kann von ihnen nicht mehr verarbeitet werden. Daraus folgt: Anbieter- und Verbraucherseite befinden sich nicht auf Augenhöhe. Dieses Ungleichgewicht wirft nicht nur Fragen nach Gerechtigkeit und gesellschaftlichem Zusammenhalt auf, sondern gefährdet das Funktionieren des Marktmodells.

Aufsichtsstrukturen neu ausrichten

Der technische Fortschritt, die Globalisierung und die Liberalisierung vieler Märkte erfordern eine Neuausrichtung der Aufsichtsstrukturen. Neue Märkte ohne funktionierende, verbraucherorientierte Aufsicht werden oft genutzt, um sich auf Kosten von Verbraucherinnen und Verbrauchern zu bereichern. Beispiele dafür sind: die Abzocke bei Handyverträgen, der Vertrieb undurchsichtiger Finanzprodukte, Geschäftsmodelle bei Energieversorgern, die einem Schneeballsystem gleichen, falsch deklarierte Lebensmittel sowie unnötige individuelle Gesundheitsleistungen (Igel), die die Patientinnen und Patienten aus eigener Tasche bezahlen müssen. Meist gibt es staatliche Kontrolle der Märkte nur aus wettbewerbs- oder kartellrechtlicher Perspektive. Viele Probleme erreichen die Politik erst, wenn Skandale öffentlich werden.

Rechte und Schutz von Verbrauchern stärken

Die SPD-Fraktion hat einen Antrag vorgelegt, um die Rechte und den Schutz von Verbraucherinnen und Verbrauchern zu stärken. Dazu will sie so genannte Marktwächter einführen. Darunter zu verstehen sind staatlich beauftragte Verbraucherorganisationen, die als Sensoren bzw. Frühwarnsysteme fungieren. Die Arbeit der Aufsichts- und Regulierungsbehörden wird durch ihre Hinweise vorbereitet und erleichtert. Die Marktwächter-Funktion sollen die Verbraucherzentralen und ihr Bundesverband wahrnehmen. Dazu müssen sie entsprechend ausgebaut und finanziert werden. Das Konzept der Marktwächter verzahnt zivilgesellschaftliche mit staatlicher Kontrolle und bestimmt das Verhältnis zwischen Markt, Staat und Zivilgesellschaft neu. Zunächst soll es Marktwächter für die Bereiche Finanzmarkt, Energie, Gesundheit, Digitale Welt/Telekommunikation und Lebensmittel geben.

Erst beobachten und bewerten dann bekämpfen

Die Marktwächter sollen die Märkte beobachten und Defizite sowie Fehlentwicklungen aufspüren. Gleichzeitig sollen sie durch vielfältige Angebote Verbraucherinnen und Verbraucher bei Entscheidungen beraten. Außerdem sollen die Marktwächter bewerten, ob Unternehmen Verbraucherrechte einhalten, z. B. indem sie die Rechtmäßigkeit von Allgemeinen Geschäftsbedingungen und Werbung prüfen. Hinweise auf Verbraucherprobleme und systematische Auffälligkeiten im Marktgeschehen werden von ihnen bearbeitet, indem sie diese erfassen und an die Aufsichts- und Regulierungsbehörden melden. Die Behörden müssen diese Unstimmigkeiten dann prüfen und ggf. bestätigen. Mit Abmahnungen und Unterlassungsklagen sollen die Marktwächter rechtswidrige Marktpraktiken bekämpfen. Um alle Marktteilnehmer von Verbrauchervertretern über Anbieter bis zur Wissenschaft zu beteiligen, werden entsprechend besetzte Fachbeiräte die Arbeit der Marktwächter begleiten. Des Weiteren sollen sie Lageberichte veröffentlichen, Handlungsempfehlungen für die Politik entwickeln und im Dialog mit der Wirtschaft Lösungsmöglichkeiten erarbeiten.

Verbraucherpolitik ist sozialdemokratische Politik

Während der Regierungszeit von Willy Brandt und Helmut Schmidt wurden die Verbraucherorganisationen insgesamt gestärkt, Verbandsklagerechte beschlossen, die politische Vertretung von Verbraucherinteressen sowie Verbraucherinformation und -aufklärung weiter ausgebaut. Die SPD-Fraktion knüpft mit dem Marktwächter-Modell an diese Tradition an und entwickelt sie weiter, um die soziale Marktwirtschaft wieder ins Lot zu bringen.

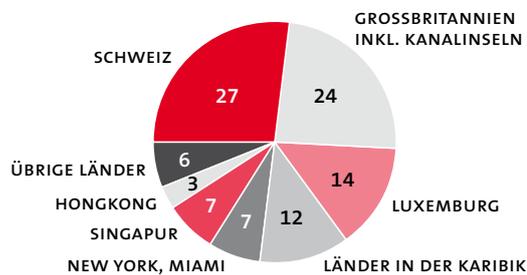
Steinbrück: Steuerkriminalität ist ein hoch giftiges System

Steuerhinterziehung ist kein entschuldbares Versehen und auch keine Notwehrmaßnahme von Vermögenden, sondern in Deutschland eine Straftat. Die SPD-Fraktion will Steueroasen trockenlegen und Hinterziehung konsequent ahnden. Denn erst Steuergerechtigkeit und eine solidarische Finanzierung des Gemeinwesens schaffen die Grundlage für einen handlungsfähigen Staat.

Der SPD-Finanzexperte Peer Steinbrück forderte vor dem Parlament von der Regierung, endlich ihrer Pflicht nachzukommen und Steuerkriminalität zu bekämpfen. „Steuerhinterziehung und legale Steuer-
vermeidung sind kein Randphänomen und keine Bagatelle. Es ist ein hoch giftiges System“, sagte Steinbrück. Insgesamt verliere der deutsche Fiskus so jährlich Milliarden Euro. Dieses Geld fehle den Ländern und Kommunen für Investitionen in wichtige Zukunftsbereiche wie Bildung und Infrastruktur, bei der Kinderbetreuung und der Entschärfung sozialer Brennpunkte. Ohne Steuerhinterziehung und ohne legale Steuer-
vermeidung von Großkonzernen, die das Steuergefälle innerhalb der EU ausnutzten, könnten die Steuern niedriger sein. Steinbrück: „Frau Merkel, Sie drücken nicht nur beide Augen zu. Sie haben Steuer-
vermeidung für Unternehmen noch erleichtert“. Vieles sei möglich, wenn man ehrgeizig und konsequent gegen Steuerhinterziehung vorgehe. Er erinnerte, dass die Regierung mit dem löch-
rigen Schweizer Steuerabkommen auch den Ankauf von „Steuer-CDs“ über dortige Banken ausschließen wollte. Damit wäre das effektivste Druckmittel gegenüber Steuerhinterziehern mit unbesteuer-
tem Vermögen in der Schweiz künftig weggefallen. Steinbrück stellte klar: „Das eklatanteste Versagen dieser Regierung ist das Steuerabkommen mit der Schweiz, das nur durch Rot-Grün verhindert wurde.“

Marktanteile der Steuerparadise

In Prozent



Quelle: OECD, Stand 7. April 2009, Schweizerische Bankenvereinigung

Jahrzehntlang konnten Steuerpflichtige unbesteuertes Vermögen vor dem deutschen Fiskus in Steueroasen verstecken. Im Herbst 2008 organisierte Steinbrück als damaliger Bundesfinanzminister mit seiner französischen Amtskollegin den gemeinsamen Widerstand gegen diese Politik. 2009 erklärten daraufhin Steueroasen weltweit ihre Bereitschaft zu einem Mindestmaß an Kooperation. Allerdings sieht der Minimalstandard der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) nur eine Auskunftserteilung auf begründete Anfragen im Einzelfall vor.

Steuerhinterziehung ist kein nationales „Geschäftsmodell“

Die SPD-Fraktion fordert mit dem Antrag „Globale Steuergestaltung verhindern – Regulierungsschlupflöcher stopfen“ die Bundesregierung auf, sich aktiv in die Arbeit der OECD und der Europäischen Kommission

zur Bekämpfung von aggressiver Steuerplanung und Steueroasen einzubringen. Sie sollte auf europäischer und internationaler Ebene für eine leistungsgerechte Besteuerung im Inland eintreten und die aggressive Steuergestaltung internationaler Konzerne nicht länger als nationales „Geschäftsmodell“ akzeptieren. Denn Unternehmensgewinne müssen in den Steueroasen nur sehr gering oder überhaupt nicht versteuert werden. Die steuerlichen Begünstigungen werden insbesondere Unternehmen gewährt, die in dem Land wirtschaftlich überhaupt nicht tätig sind.

Ziel der SPD-Initiative ist es, die Zusammenarbeit zwischen den Staaten zu verbessern. Mit internationalen Abmachungen und Sanktionen sollen Transparenz und Kooperation bei grenzüberschreitenden Steuerangelegenheiten durchgesetzt werden. Unkooperative Staaten und Steueroasen sollen auf schwarzen Listen geführt werden, die eine international abgestimmte Anwendung von Gegenmaßnahmen ermöglichen.

Der deutsche Gesetzgeber muss aber auch die nationalen Eingriffsmöglichkeiten nutzen. So ist das deutsche Steuerrecht zu verschärfen, um Gewinnverlagerungen zu verhindern. Die strafbefreiende Selbstanzeige bei Steuerhinterziehung soll nach einer Übergangsfrist auf Bagatellfälle beschränkt werden. Zudem muss klargestellt werden, dass Finanzbehörden berechtigt sind, zur Aufklärung von Steuerstraftaten Daten über mutmaßliche Steuerhinterzieher zu erwerben.

„De Maizière hat die Öffentlichkeit getäuscht“

Das Drohnenprojekt Euro Hawk ist in einem Desaster geendet. Verantwortung trägt Verteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU), aber er will von den unlösbaren Problemen nichts gewusst haben. Nun kommt ein Untersuchungsausschuss. Fraktion Intern fragt bei Fraktionsvize Gernot Erler nach.

Wie konnte es dazu kommen, dass offenbar mehr als 600 Millionen Euro in den Sand gesetzt wurden?

Wir haben es hier offensichtlich mit einem dramatischen Versagen der politischen Leitungsebene des Bundesverteidigungsministeriums und insbesondere von Verteidigungsminister Thomas de Maizière zu tun. Alle Warnsignale, dass Euro Hawk in Europa gar nicht oder nur zu einem inakzeptablen Preis zugelassen werden kann, wurden in den Wind geschlagen. Und der Minister hat zunächst versucht, die alleinige Verantwortung auf seine Mitarbeiter abzuwälzen. Das ist nicht nur nachweislich falsch, sondern dazu auch noch unanständig.



De Maizière behauptet, er sei erst am 13. Mai 2013 über die wirklichen Ausmaße der Probleme informiert worden und habe daraufhin „die Reißleine gezogen“ und das Projekt gestoppt. Was ist an seiner Aussage dran?

Inzwischen hat sich herausgestellt, dass diese Behauptung nicht der Wahrheit entspricht. Es hat bereits deutlich früher schriftliche Vorlagen an den Minister gegeben, in denen auf die schwerwiegenden Probleme hingewiesen wurde. Herr de Maizière hat insofern zwei skandalöse Fehlentscheidungen zu verantworten: Er hätte sich viel früher, spätestens 2012, um die Probleme kümmern müssen, und er hätte die Öffentlichkeit nicht bewusst mit der Behauptung täuschen dürfen, er habe erst sehr viel später von den gravierenden Problemen bei Euro Hawk erfahren.

Was soll der Untersuchungsausschuss jetzt noch bewirken, so kurz vor Ende der Legislaturperiode?

Wir haben darüber ausführlich diskutiert und sind zu dem Ergebnis gekommen, dass trotz der relativ kurzen Zeit, die uns noch bleibt, Aufklärung erreicht werden kann. Wir wollen wissen, welche Personen in Leitungsfunktionen in der Bundesregierung, insbesondere im Verantwortungsbereich des Verteidigungsministeriums, zu welchem Zeitpunkt welche Informationen über Probleme beim Entwicklungsvorhaben Euro Hawk hatten und vor allem, ab wann der Minister davon erfahren hat. Durch den Untersuchungsausschuss muss das Ministerium alle Akten auf den Tisch legen. Bislang hat die Regierung versucht, den Bundestag hinzuhalten und die wirklich interessanten Vermerke nicht vorzulegen.

Ist de Maizière noch im Amt zu halten?

Natürlich nicht. Der einzige Grund, warum er noch im Amt ist, ist die Not der Bundeskanzlerin. So kurz vor der Bundestagswahl will sie ihren einst stärksten Minister nicht auch noch opfern. Sonst hätte sie ihn längst fallen gelassen, so wie sie es ja bereits mehrfach exerziert hat.

Union und FDP weisen der SPD eine Mitschuld am Drohnen-Debakel zu und wollen prominente Sozialdemokraten vor den Untersuchungsausschuss laden. Haben wir etwas zu verbergen?

Nein. Das ist ein durchschaubares Ablenkungsmanöver. Die Tatsache, dass das Projekt vor mehr als zehn Jahren unter rot-grüner Regierungsverantwortung auf den Weg gebracht wurde, erklärt ja nicht das Debakel, das sich seit 2009, spätestens 2011 abgezeichnet hat. Das stellt auch ein Bericht des Bundesrechnungshofes eindeutig fest. Und die Fehlentwicklungen fallen zeitlich in die Verantwortung von CDU-Verteidigungsministern. Seit dem Frühjahr 2011 war de Maizière der verantwortliche Minister. Und inzwischen musste er zugeben, dass er sich nicht angemessen für die auftauchenden Probleme des Projekts interessiert hat. Aus dieser Verantwortung darf er nicht entlassen werden, und der Koalition wird es auch nicht gelingen, davon abzulenken.

Mehr Bürgerbeteiligung wagen

In der Bevölkerung wächst der Wunsch nach stärkerer Beteiligung an politischen Entscheidungen. In den Bundesländern und Kommunen, in der Europäischen Union und auf der nationalstaatlichen Ebene vieler umliegender Länder sind Elemente der direkten Demokratie verfassungsrechtlich verankert. Auf Bundesebene gibt es in Deutschland aber keine Volksabstimmungen außer jenen zur Ablösung des Grundgesetzes und zur Neugliederung des Bundesgebietes.



Die SPD-Fraktion will nun „ein Stück Mitverantwortung der Bürgerinnen und Bürger einführen“, sagt der Parlamentarische Geschäftsführer Thomas Oppermann. Der SPD-Entwurf zur Ergänzung des Grundgesetzes um direkte Bürgerbeteiligung auf Bundesebene wurde am 14. Juni im Plenum debattiert. Dort konstatierte Oppermann: „Die Zeit ist reif für eine Erweiterung der Demokratie“. Die Möglichkeit eines Volksentscheides werde auch die politische Kultur verändern. „Man muss den Willen des Volkes stärker im Auge behalten und früher den Dialog suchen“, bekräftigte der SPD-Innenexperte. Die Regierung sei so gezwungen, ihre Politik besser zu erklären.

Mehr direkte Demokratie ermöglichen

Die vorgeschlagene Grundgesetzänderung orientiert sich mit einem dreistufigen Verfahren aus Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid an der Mehrheit der jüngeren, direktdemokratischen Regelungen einiger Bundesländer. Der Entwurf sieht folgende Regelungen vor: 100.000 Abstimmungsberechtigten können den Bundestag auffordern, sich mit einer Gesetzesvorlage oder einem anderen Gegenstand der politischen Willensbildung zu befassen (Volksinitiative). Kommt innerhalb eines halben Jahres kein Bundesgesetz oder Beschluss zustande, so kann ein Volksbegehren beantragt werden, das innerhalb von weiteren sechs Monaten mindestens eine Million Wahlberechtigte unterzeichnen müssen. Entspricht der Bundestag dem Volksbegehren innerhalb von sechs Monaten nicht, so findet ein Volksentscheid statt. Dabei entscheidet die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen. Allerdings müssen

sich mindestens 25 Prozent der Abstimmungsberechtigten daran beteiligen. Ergänzend werden Anregungen aus der Wissenschaft aufgegriffen, und außer diesen Instrumenten der aktiven Gestaltung soll auch das volksbegehrte Referendum eingeführt werden. Diese „Bremse“ ermöglicht Bürgern, den Gesetzgeber zu korrigieren. Eine Million Abstimmungsberechtigte haben das Recht, ein vom Bundestag beschlossenes Gesetz dem Volksentscheid zu unterwerfen. Ebenso kann der Bundestag mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit beschließen, die Bevölkerung über ein Bundesgesetz abstimmen zu lassen (Parlamentsreferendum).

Sinkende Wahlbeteiligung aufhalten

Parallel dazu hat die SPD-Fraktion eine weitere Vorlage ins Parlament eingebracht. Der Entwurf eines Gesetzes über Abstimmungen des Bundesvolkes (Bundesabstimmungsgesetz) setzt die Grundgesetzänderung in einfaches Recht um. Es regelt etwa die Eintragungsverfahren und Fristen, die Gestaltung der Stimmzettel und die Abstimmungsprozesse, die Anhörungsrechte in Bundestag und Bundesrat, die Wahrung der Rechte und Interessen der Länder sowie den Rechtsschutz beim Bundesverfassungsgericht und den Datenschutz.

Ein Vorbild für die SPD-Fraktion ist die Schweiz. Dort gab es ein Referendum über die Höhe der Managerbezüge. Mit dem Schweizer Botschafter und Experten diskutierten unlängst die SPD-Abgeordneten Thomas Oppermann, Christine Lambrecht, Hans-Peter Bartels und Dieter Wiefelspütz die Vorzüge solcher Volksabstimmungen auf der Veranstaltung „Mehr Mitsprache, bitte“. Die Initiativen der SPD sollen, so erklärt es Thomas Oppermann, nicht zuletzt helfen, die sinkende Wahlbeteiligung aufzuhalten. Viele fühlten sich nicht mehr mitgenommen. Oppermann: „Diese Menschen dürfen wir nicht verloren geben.“

Fotos der Veranstaltung finden sich auf <http://www.flickr.com/photos/spdbundestagsfraktion>

Kein Ausverkauf von Königspythons und Co.

Seit gut 20 Jahren boomt der Handel mit Wildtieren für die Haltung in Privathaushalten. Ein Großteil betrifft Arten, die international nicht geschützt sind und deren Handel weder artspezifisch erfasst noch in irgendeiner Weise reglementiert ist. Gerade diese Arten werden häufig gefangen und somit ihrem natürlichen Lebensraum entrisen.

In Deutschland werden Wildtiere über Tierbörsen, aber auch über Zoogeschäfte, Baumärkte, Gartencenter oder das Internet gehandelt. Häufig unterbleibt beim Verkauf von Wildtieren eine umfassende Beratung der Käufer hinsichtlich der Haltung und Ernährung der Tiere.

Die Fraktionen von SPD und Grünen haben einen Antrag in den Bundestag eingebracht (Drs. 17/13712). Ursprünglich sollte dieser Antrag von allen Bundestagsfraktionen getragen werden, doch die Koalitionsfraktionen haben einen Rückzieher gemacht.

SPD und Grüne wollen den Wildtierhandel nach Deutschland und nach Europa einschränken. Zudem sollen die Arten in den Herkunftsländern geschützt werden. Die Bundesregierung soll sich dafür einsetzen, dass die Einfuhr von Wildfängen für den kommerziellen Lebendtierhandel in die EU verboten wird, wenn es sich um gefährliche Tiere handelt oder die Tiere gefährliche Krankheitserreger in sich tragen. Ebenso soll die Ausbreitung nicht einheimischer Tiere, die sich an die hiesigen Bedingungen anpassen und angestammte Arten verdrängen – so genannte invasive Arten –, verhindert werden. Die Importe von „Nachzuchten“ bzw. „Farmzuchten“ sollen kritisch geprüft werden, um die Einfuhr falsch deklarierter Wildfänge auszuschließen. Der Handel mit Tieren, die nur in bestimmten Gebieten vorkommen – so genannte endemische Arten –, soll verboten werden. Gleiches gilt für den Verkauf von Wildfängen über Tierbörsen. Wildtiere dürfen nur gehandelt und gehalten werden, wenn ihre Haltung unbedenklich und dauerhaft zu leisten ist.

Verbandsklagerecht im Tierschutz einführen

Im Jahr 2002 wurde das Grundgesetz um das Staatsziel Tierschutz erweitert, der seitdem ein Rechtsgut mit Verfassungsrang ist. Tiere sind vor nicht artgerechter Haltung, unnötigen Leiden und der Zerstörung ihrer Lebensräume zu schützen. Tiernutzer und Tierhalter haben zwar die Möglichkeit, Entscheidungen zuständiger Behörden anzufechten. Doch wenn Tierschutzbestimmungen verletzt werden, sind die Rechtsschutzmöglichkeiten angesichts eines fehlenden Klagerechts nur unzureichend.

Um dieses Defizit zu beseitigen und den Tierschutz zu stärken, hat die SPD-Fraktion einen Antrag (Drs. 17/13477) in den Bundestag eingebracht. Darin fordert sie, für anerkannte Tierschutzverbände bundesweit ein Verbandsklagerecht einzuführen. Sie erhalten damit endlich dasselbe Recht, das schon lange Umwelt-, Naturschutz- und Verbraucherschutzverbänden zusteht.

Eine Verbandsklage anerkannter Tierschutzverbände kann sicherstellen, dass Entscheidungen

auch dann durch unabhängige Gerichte überprüft werden können, wenn allein der Verdacht auf Verletzung tierschutzrechtlicher Bestimmungen besteht. Außerdem soll das Verbandsklagerecht sicherstellen, dass Verwaltungsentscheide sorgfältiger vorbereitet und die Verbände rechtzeitig in Behördenentscheidungen einbezogen werden. Sie bewirkt auch, dass Entscheidungen von Behörden nicht nur aus Sicht der Tierhalter und -nutzer, sondern aus Sicht der Tierschutzbelange gerichtlich überprüfbar werden.

Inzwischen haben mehrere Bundesländer die Notwendigkeit der Verbandsklage im Tierschutz erkannt und sie eingeführt. Eine einheitliche bundesweite Regelung ist deshalb aus Sicht der SPD-Fraktion erforderlich.

Die Erfahrungen auf Länderebene zeigen, dass es nicht zu befürchteten Klagewellen im Bereich der Tierversuche gekommen ist. Dort konnten Tierschutzargumente oftmals bereits in der Planungsphase oder auch vor Gericht mit einbezogen werden.

Veröffentlichungen

Tourismus für alle ermöglichen – Gute Rahmenbedingungen für Tourismus

Zehnsseitiges Faltblatt, erschienen im Juni 2013.

Perspektiven für das Leben auf dem Land – Sozialdemokratische Politik für ländliche Räume

Achtseitiges Faltblatt, erschienen im Juni 2013.

Bezahlbares Wohnen in der Sozialen Stadt – Solidarische Wohn- und Stadtentwicklungspolitik

Zwölfseitiges Faltblatt, erschienen im Juni 2013.

Lesen und Schreiben heißt dazugehören – Förderung von Grundbildung in Deutschland

Achtseitiges Faltblatt, erschienen im Juni 2013.

Integration heißt Teilhabe – Gleichberechtigt miteinander leben

Zwölfseitiges Faltblatt, erschienen im Mai 2013.

Hunger und Armut bekämpfen – Ländliche Entwicklung fördern

Achtseitiges Faltblatt, erschienen im Mai 2013.

Gleichberechtigung in Entwicklungsländern voranbringen – Ohne starke Frauen keine Entwicklung

Zwölfseitiges Faltblatt, erschienen im April 2013.



Unsere Veröffentlichungen gibt es im Internet unter www.spdfraktion.de/veroeffentlichungen oder unter nebenstehendem QR-Code.

Die nächste Ausgabe von **fraktion intern*** erscheint im Juli 2013 Informationen gibt es auch unter www.spdfraktion.de

Aus aktuellen politischen Anlässen kann es dazu kommen, dass der Erscheinungstermin der Fraktion Intern verschoben werden muss. Dafür bitten wir um Verständnis.

IMPRESSUM

Herausgeber: SPD-Bundestagsfraktion

Verantwortlich: Petra Ernstberger MdB, Parlamentarische Geschäftsführerin

Redaktion: Anja Linnekugel

Texte: Lina Beling, Marion Binder, Stefan Hintermeier, Alexander Linden, Anja Linnekugel, Robert Oszkinat, Carmen Sinnokrot, Frank-Walter Steinmeier, Uta Stitz

Abbildungen: photothek.net/Tobias Köhler (S. 3) picture-alliance/dpa (S. 8, 14), SPD-Bundestagsfraktion (S. 2, 13), Susanne Voorwinden (S.6, nach picture-alliance: S. 5, 7, 10, 12), Klaus Vhynalek

Redaktionsanschrift:

SPD-Bundestagsfraktion

- Öffentlichkeitsarbeit - Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030 / 227-530 48 **Telefax:** 030 / 227-568 00

E-Mail: redaktion@spdfraktion.de

Internet: www.spdfraktion.de

Grafik und Layout: S. Voorwinden

Druck: Braunschweig-Druck

Adressänderungen und Bestellungen von Veröffentlichungen:

Telefon: 030 / 227-571 33 **Telefax:** 030 / 227-568 00

E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@spdfraktion.de oder direkt im Internet